

Abschlußerklärung

des zweiten bundesweiten Treffens der Nord-Süd-Foren

verabschiedet auf der Tagung

„Nord-Süd-Beziehung im Wandel –
neue Aufgaben der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit“
vom 26.–28. Januar 1990 in Bonn,

veranstaltet vom Gustav Stresemann Institut e. V., der Stiftung Entwicklung und Frieden e. V.
und dem Europäischen Büro für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Mainz

PRÄAMBEL

Die achtziger Jahre haben statt des erhofften Wohlstandswachstums in der Dritten Welt tatsächlich die Verschärfung der Schuldenkrise, Wirtschafts- und Umweltkatastrophen und eine Militarisierung inner- und zwischenstaatlicher Konflikte in vielen südlichen Ländern und Regionen gebracht. Die soziale Not in den Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens und die sich vergrößernde Kluft zwischen der Armut im Süden und dem Reichtum im Norden sind Folgen ungerechter Weltwirtschaftsbeziehungen und eines von der westlichen Welt geprägten Wachstumsmodells. Unverantwortliche Produktions- und Konsummuster, die mit hohem Energie- und Rohstoffverbrauch verbunden sind, steigende Gewinne aus der Schuldenkrise, Abschottung westlicher Märkte für Waren aus dem Süden und internationales Machtstreben einschließlich militärischer Auseinandersetzungen sind sichtbarer Ausdruck der ungerechten Strukturen zu Lasten des Südens. Dabei wird immer deutlicher, daß die westliche Industriegesellschaft für die ganze Welt zu einer großen Belastung wird. Um das Überleben der Menschheit zu sichern, muß der privilegierte Norden unverzüglich das auf quantitativem Wachstum beruhende Wirtschaftsmodell aufgeben und zu einer sozial- und umweltgerechten Weltarbeitsteilung bereit sein. Nur auf diesem Wege ist eine dauerhafte Entwicklung möglich.

Die umwälzenden Veränderungen in Ost- und Mitteleuropa

und das verständlicherweise große Interesse der westlichen Welt an diesen Prozessen dürfen in keinem Fall zu einem nachlassenden Interesse an dem Nord-Süd-Konflikt und der „klassischen“ Entwicklungshilfe führen. Die historischen Chancen der Ost-West-Entspannung sind zu nutzen, denn sie eröffnen neue Möglichkeiten zur Einsparung von Rüstungsausgaben sowie der Durchsetzung friedlicher Konfliktlösungen, einer gerechten Weltwirtschaftsordnung und einer sozialen Entwicklung für Alle in dieser „Einen Welt“.

Ohne die aktive Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen ist der dringend notwendige Strukturwandel der Nord-Süd-Beziehungen nicht möglich. Der in der Nord-Süd-Kampagne des Europarates „Interdependenz und Solidarität“ (1988) begonnene Prozeß der Zusammenarbeit und des Dialogs zwischen lokalen Initiativen, Kirchen, Gewerkschaften und kommunalen Entscheidungsträgern über den Nord-Süd-Ausgleich muß fortgesetzt und erweitert werden. Als ein Ergebnis dieses Prozesses werden gegenwärtig in den Mitgliedstaaten des Europarates und auf europäischer Ebene Quadrilog-Strukturen aufgebaut, die eine Zusammenarbeit zwischen Parlamenten, Regierungen, Gemeinden und Nichtregierungsorganisationen ermöglichen sollen. Vor diesem Hintergrund verabschieden die TeilnehmerInnen des zweiten bundesweiten Treffens der Nord-Süd-Foren die folgenden Forderungen.

Europäisches Büro
für kommunale
Entwicklungszusammenarbeit
der Stadt Mainz

**Gustav
Stresemann
Institut e.V.**
für internationale Bildung
und europäische Zusammenarbeit



STIFTUNG
ENTWICKLUNG
UND FRIEDEN



FOUNDATION
DEVELOPMENT
AND PEACE

1.

VERÄNDERUNGEN IM NORDEN ALS VORAUSSETZUNG FÜR ENTWICKLUNG IM SÜDEN

Die Zerstörung der natürlichen Umwelt, die in Klimaveränderungen, fortschreitender Wüstenbildung, Bodenerosion u. a. m. zum Ausdruck kommt, hat in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. Es ist dringend erforderlich, die Bevölkerung genauer darüber zu informieren und kommunale Einrichtungen zur Übernahme von Entwicklungsverantwortung zu drängen. In allen privaten und öffentlichen Bereichen muß sich verantwortungsbewußtes Konsumverhalten durchsetzen. Anstelle weiterer materieller Wohlstandsmehrung sollten soziale und kulturelle Dienstleistungen in gesellschaftlicher Konsensfindung ausgeweitet und verbessert werden. Produziert werden darf nur noch, was sozial und ökologisch verträglich ist. Dies setzt voraus, daß die Bewahrung des ökologischen Gleichgewichtes weltweit zum Grundprinzip wirtschaftlichen Handelns wird.

Die Industriegesellschaften der nördlichen Hemisphäre tragen durch ihren Energieverbrauch die Hauptverantwortung für die Entstehung der Klimakatastrophe. Die einseitige, völlig unnötige Vergeudung endlicher Ressourcen im Norden bildet eine schwere soziale Hypothek für die Zukunft des Südens. Von der immensen Energieverschwendung und den Schadstoffemissionen in den Städten einerseits und der Zerstörung der Regenwälder andererseits geht die Gefährdung des Weltklimas aus. Regenwalderhaltung und Energieeinsparung eröffnen Ansatzpunkte für lokale Handlungsstrategien. Dabei sind alle Verbündete, die sich gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen wehren. Umgehend muß kommunale Verantwortung durch folgende Maßnahmen eingelöst werden:

- Städte und Gemeinden sind aufgefordert, keine Produkte zu verwenden, deren Anbau, Herstellung oder Import gesellschaftlich oder ökologisch zerstörerische Folgen haben. Ebenfalls sollten die Kommunen, soweit sie über Einfluß verfügen, den Export solcher Güter in den Süden verhindern.
- Umdrehung bestehender tarifärer und steuerlicher Systeme, die nicht den exzessiven, sondern den sparsamen Ressourcen- und Energieverbrauch begünstigen und die gesellschaftlichen Kosten umweltschädigender Produktions- und Konsumstrukturen in Rechnung stellen.
- Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung mit Beteiligung der Bevölkerung für alle lokalen wirtschaftlichen und infrastrukturellen Aktivitäten.
- Einführung der ökologischen Buchhaltung, um sicherzustellen, daß ökologische und qualitative Kriterien in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Eingang finden.
- Energiesparmaßnahmen in kommunalen Einrichtungen sowie Förderung und Schaffung von

Anreizen für die Nutzung regenerativer Energiequellen.

- Eindeutige Optionen für alternative Energie- und Verkehrssysteme.
- Offenlegung der örtlich bestehenden Schadstoffquellen und Schadstoffwerte.
- Unterstützung internationaler Klimabündnisse zwischen den Völkern des Waldes und den Städten, die die Erhaltung der Lebensbedingungen auf dieser Erde zum Ziel haben. Die Völker des Waldes sind deshalb Verbündete, da diese vehement für die Erhaltung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen kämpfen.

2.

VERSCHÄRFTER NORD-SÜD-KONFLIKT ALS URSACHE WACHSENDER FLÜCHTLINGSSTRÖME AUS DEM SÜDEN

Die von den westlichen Industriestaaten zu verantwortende Weltinnenpolitik mit den verheerenden Folgen von Umweltzerstörung, struktureller Armut und zunehmender politischer Repression infolge zugespitzter sozialer Auseinandersetzungen erzeugt ständig wachsende Flüchtlingsströme im Süden. Nach Expertenschätzungen haben zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Süden bereits eine halbe Milliarde Menschen aufgrund von Umweltzerstörung ihre Heimat vorübergehend oder für immer verlassen müssen. Im Jahr 2000 könnte die Zahl der Umweltflüchtlinge die Milliardengrenze überschreiten. Die Zahl der vom UNHCR (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen) erfaßten afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Flüchtlinge wird mit über 12 Millionen beziffert, davon verbleiben bislang 90 Prozent in Ländern des Südens. Wenn der Norden seine Politik nicht ändert, werden uns immer mehr Flüchtlinge aus dem Süden erreichen. Die wirksamste Form der Prävention liegt in der Beseitigung von Fluchtursachen. Um zu verhindern, daß Menschen gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen, muß die Nord-Süd-Politik grundlegend neu gestaltet werden. Im Interesse der bedrohten Bevölkerungsgruppen, aber auch in unserem, müssen Bedingungen hergestellt werden, die ein menschenwürdiges Leben in angestammten Lebensräumen ermöglichen. Gleichzeitig fordern die TeilnehmerInnen dazu auf, alles zu unternehmen, um der Zunahme der Ausländerfeindlichkeit und der Aushöhlung des Asylrechtes in der Bundesrepublik entgegenzuwirken.

Darüber hinaus sind die Ursachen, die Menschen dazu zwingen, ihre Lebensräume zu verlassen, als Fluchtgründe anzuerkennen und in die Genfer Flüchtlingskonvention aufzunehmen. Hierbei ist die spezifische Situation von Frauen zu berücksichtigen. Denn sie sind für die Überlebenssicherung ihrer Familien zuständig, gleichzeitig aber vielfältigen Formen der Benachteiligung, Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt – sowohl in ihren Heimatländern als auf der Flucht und in den Flüchtlingslagern. Deshalb sollte die geschlechts-

spezifische Verfolgung ebenfalls als Fluchtgrund internationale Anerkennung finden.

In dieser Situation müssen sich die Nord-Süd-Foren vor Ort aktiv um das Schicksal der von Flucht und Vertreibung bedrohten Menschen, der Asylsuchenden und Asylberechtigten bemühen:

Information und Aufklärung der Öffentlichkeit über die Ursachen der Flüchtlingsströme aus dem Süden in den Norden.

Abbau von Vorurteilen und Vorbehalten der Bevölkerung gegenüber den Fremden durch Schaffung von Einrichtungen, die sowohl der einheimischen Bevölkerung als auch den Flüchtlingen die Möglichkeit bieten, sich über die jeweils andere, kulturell bedingte Lebensweise zu informieren (interkulturelles Lernen).

Verstärkte Zusammenarbeit zwischen Dritte-Welt-Gruppen sowie Nord-Süd-Foren mit Initiativen und Organisationen der Flüchtlingshilfe und Ausländerarbeit vor Ort.

Kommunale Verwaltungen und Einrichtungen sind aufgefordert, ihren MitarbeiterInnen Fortbildungsveranstaltungen anzubieten, um ihnen Kenntnisse und Informationen, über die politische, wirtschaftliche und kulturelle Situation in den Herkunftsländern der Flüchtlinge zu vermitteln.

3.

ABRÜSTUNG ALS PRÜFSTEIN FÜR DEN WAHLKAMPF 1990

Die Ost-West-Entspannungspolitik ermöglicht erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges die massive Einsparung von Rüstungsausgaben. Die freiwerdenden Mittel sollten für Aufgaben zur Überwindung des Nord-Süd-Konfliktes eingesetzt werden, insbesondere zum Aufbau eigenständiger Volkswirtschaften zur Sicherung der Grundbedürfnisse der eigenen Bevölkerung, zur Stärkung von Regional- und Binnenmärkten im Süden sowie für notwendige Strukturveränderungen im Norden. Wesentliche Voraussetzungen hierfür sind der beständige und persönliche Kontakt und die Konfrontation der PolitikerInnen vor Ort mit der Entwicklungsproblematik und den Forderungen der Nord-Süd-Kampagne des Europarates, wie sie im „Madrid-Aufruf“ von 1988 enthalten sind. Gleichfalls sollte, in enger Kooperation mit dem Süden, nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den westlichen und östlichen Industriestaaten zur Verwendung der eingesparten Rüstungsmittel gesucht werden. In den KSZE-Verhandlungen sollten die historischen Chancen genutzt werden. In bezug auf die bevorstehenden Wahlkämpfe wird gefordert:

Kürzung des Rüstungsetats um mindestens 50 Prozent in der nächsten Legislaturperiode.

Sofortige Einstellung des „Jäger 90“ Projektes.

Gesetzliches Verbot von Rüstungsexporten in Länder des Südens.

4.

AUFBAU VON DEUTSCH-DEUTSCHER NORD-SÜD-ZUSAMMENARBEIT

Die TeilnehmerInnen erkennen die Gefahr, daß die Veränderungen der Ost-West-Beziehungen zu einer allgemeinen Vernachlässigung und wirtschaftlichen Abkoppelung des Südens führen können. Es wird befürchtet, daß die „nachholende Industrialisierung“ im Osten die Bereitschaft im Norden einschränkt, über alternative Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle nachzudenken. In der BRD und in der DDR muß Entwicklungspolitik als innenpolitische Aufgabe erkannt und wahrgenommen werden. Deswegen wird vorgeschlagen, Kontakte mit Dritte-Welt-Engagierten in der DDR aufzunehmen und Formen gemeinsamer Nord-Süd-Arbeit zu entwickeln. Im einzelnen soll angestrebt werden:

Regelmäßiger Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Gruppen aus der DDR und BRD.

Durchführung von deutsch-deutschen Diskussionsforen sowie Veranstaltungen mit osteuropäischen VertreterInnen mit dem Ziel, sich über die Zukunft der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu verständigen.

Einbindung bestehender und neuer Städtepartnerschaften zwischen Städten im Süden und deutschen Städten in die Nord-Süd-Problematik und Aufbau von Dreieckskooperationen.

Wünschenswert ist, daß das Europäische Büro für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Mainz die Koordination aller Informationen hinsichtlich der Kooperationsvorhaben mit ähnlichen Gruppen aus Städten und Gemeinden in der DDR übernimmt. Eine den umfassenden und vielfältigen Aufgaben des Büros entsprechende organisatorische und finanzielle Infrastruktur sollte bereit gestellt werden. Weiterhin schlagen die TeilnehmerInnen vor, das nächste bundesweite Treffen der Nord-Süd-Foren als deutsch-deutsche Tagung Anfang 1991 in Berlin durchzuführen. An der Planung und Durchführung der Veranstaltung sollte das DDR-Netzwerk INKOTA (Zusammenschluß freier Dritte-Welt-Gruppen in der DDR) in Berlin beteiligt werden.

5.

UNTERSTÜTZUNG DES PROJEKTES „EINE WELT FÜR ALLE“

Die lokalen Nord-Süd-Gruppen werden aufgefordert, die (Medien)Angebote des Projektes „Eine Welt für alle“ (4.-27. Mai 1990) intensiv zu nutzen und diese in die Bemühungen zur lokalen Umsetzung der Eine-Welt-Problematik einzubeziehen oder auch eigene Akzente zu setzen. Sie sollten Gesprächsplattformen zur Vertiefung und kritischen Hinterfragung der Informationen sowie begleitende und ergänzende Veranstaltungen anbieten. Die vor Ort ansässige Presse, der Lokalfunk und auch das Fernsehen sollten einbezogen

werden. Im Mittelpunkt der Aktivitäten sollten stehen:

Abgeordnetenbefragung zur Nord-Süd-Problematik: appelliert wird an alle Abgeordneten, sich an der Befragung zu beteiligen. Im Anschluß daran sollten Veranstaltungen organisiert werden, bei denen örtliche Abgeordnete nachdrücklich um ihre Stellungnahme gebeten werden.

Wettbewerb „Weltoffene Gemeinde“: Um dazu beizutragen, daß für die sozialen Mißstände bei uns (z.B. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit) nicht weiter die unter uns lebenden AusländerInnen verantwortlich gemacht werden, wird zur Unterstützung und Beteiligung des ausgeschriebenen Wettbewerbs zur Ermittlung der ausländerfreundlichsten Stadt aufgerufen.

„March on Europe“: Anlässlich der Sendung des britischen Films „March on Europe“ am 20. Mai 1990 im Fernsehen ist es dringend geboten, sich Informationsmaterial zu seiner Vor- und Nachbereitung zu beschaffen. Der Film beabsichtigt, die weltweite Öffentlichkeit über die Ursachen von Fluchtbewegungen zu informieren. Es muß allerdings befürchtet werden, daß durch den Film fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen und Verhaltensweisen verstärkt werden können. Die Nord-Süd-Foren sind mit dazu aufgerufen, durch begleitende Veranstaltungen, öffentliche Stellungnahmen und Medienkontakte vor Ort, einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken.

Bildungskongreß: Die Nichtregierungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit bereiten gegenwärtig in Verbindung mit dem Projekt „Eine Welt für alle“ einen Bildungskongreß vor, der in der Universität Köln (Herbst 1990) stattfinden soll.

TeilnehmerInnen aus Universitäten, Lehrerfortbildungseinrichtungen, Schulbuchverlagen und Schulen werden sich mit den Herausforderungen des Nord-Süd-Konfliktes für den Bildungsauftrag in den 90er Jahren beschäftigen. Der Kongreß soll die bisherigen Defizite analysieren und auch VertreterInnen des Südens Gelegenheit zur Darstellung ihrer Arbeit und Einschätzung des Süd-Nord-Konfliktes geben.

6.

ARBEITSVORAUSSETZUNGEN FÜR DIE NORD-SÜD-FOREN

Regierungen des Bundes und der Länder räumen heute ohne Umschweife ein, daß die staatliche Ent-

wicklungszusammenarbeit der vergangenen Dekaden die gesteckten Ziele nicht erreicht hat und weitgehend gescheitert ist. Parallel wird die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen positiv hervorgehoben und ihre Ausweitung gefordert. Diese beruht jedoch – insbesondere auf kommunaler Ebene – weitgehend auf ehrenamtlichem Engagement. Die Arbeit an den Problemen der Mehrheit der Bevölkerung dieser Erde kann jedoch auf Dauer nicht nur idealistische Feierabendbeschäftigung sein. Schon jetzt sind überall Zeichen der Überforderung und arbeitsmäßigen Überlastung festzustellen. Bund, Länder und Gemeinden sind daher dringend aufgefordert, neben ihrer wachsenden Bereitschaft zur Förderung von Projekten, mehr Mittel für kritische Informations- und Bildungsarbeit bereitzustellen und gleichzeitig, die personelle und strukturelle Ausstattung der Nord-Süd-Foren zu verbessern. Erfahrungen in anderen europäischen Staaten bei der Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten, speziell im Bereich der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, machen deutlich, daß damit zusätzliche Potentiale erschlossen werden können und einer qualitativ hochwertigen Verstetigung der Arbeit gedient werden kann. Die TeilnehmerInnen fordern deshalb folgende Maßnahmen:

Einrichtung bzw. Ausbau von unabhängigen lokalen bzw. regionalen Informations-, Dokumentations- und Dienstleistungszentren, die den Foren sowie der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

Bereitstellung von Finanzmitteln im Haushalt der Städte und Gemeinden zur Finanzierung von Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit über Nord-Süd-Fragen.

Allgemeine Förderung der Nord-Süd-Foren, um deren Arbeit aufrechtzuerhalten und eine höhere Wirksamkeit zu erzielen. Entsprechende personelle und strukturelle Unterstützung ist auch im Bereich der kommunalen Vernetzungsarbeit dringend erforderlich. Auch in Hinblick auf die Erfordernisse des Quadrilogs ist die verstärkte Förderung des Europäischen Koordinationsbüros der Nord-Süd-Foren in Mainz notwendig.

Benennung fester AnsprechpartnerInnen in den Ratsfraktionen und Kommunalverwaltungen sowie Einrichtung von Ausschüssen und Beiräten für Nord-Süd-Fragen.

Besondere Impulse für die entwicklungspolitische Arbeit der Städte und Gemeinden ergeben sich aus den Dokumenten internationaler und nationaler Konferenzen, die unter breiter Beteiligung von Parlamentariern, Kommunen und Nichtregierungsorganisationen seit 1985 stattgefunden haben. Es handelt sich um den „Kölner Aufruf“

Stiftung Entwicklung und Frieden e.V.
Gotenstr. 152
5300 Bonn 2

Europäisches Büro für
kommunale Entwicklungszusammenarbeit
der Stadt Mainz
Postfach 3820
6500 Mainz 1

von 1985*, die „Kasseler Strategie“ von 1986*, den „Madrid Aufruf“ von 1988, die „Mainzer Erklärung“ vom November 1988 und schließlich die „Thesen zur Weltarbeitsteilung“ von 1989. Diese Dokumente erhalten Sie bei:

Gustav-Stresemann-Institut e.V.
Langer Grabenweg 68
5300 Bonn 2

* zu beziehen über
Europäische Kampagne
„Städte und Entwicklungszusammenarbeit“
Gunther Hilliges
In der Poggenkuhle 37
2800 Bremen 33